Volksanwaltschaft: Verbesserungen bei Pflege nötig

... leading in social investments

Datum:	29. November 2010
Medium:	Die Presse

Volksanwaltschaft: Verbesserungen bei Pflege nötig

29.11.2010 | 18:44 | (Die Presse)

Die Volksanwaltschaft fordert qualitative Verbesserungen und Tempo bei Pflegegeldansuchen. Auch der Ruf nach einer einheitlicher Organisation wird immer lauter. Doch nicht nur die Finanzierung bereitet Sorgen.

Wien/Ett. Es geht nicht immer nur ums Geld. Die hohe Zahl von Beschwerden Betroffener sagt schon einiges: Im Schnitt 250-mal pro Jahr werden Pflegeangelegenheiten zu einem „Fall" für den Volksanwalt. Volksanwalt Peter Kostelka drängt deswegen auf qualitative Verbesserungen: eine einzige Beratungsstelle für hilfsbedürftige Menschen – bei Bezirkshauptmannschaften oder Bundessozialämtern; einheitliche Organisation, um regional unterschiedliche Entscheidungen beim Pflegegeld zu vermeiden; Beiziehung von Pflegekräften bei der Pflegegeld-Einstufung, wie es probeweise bereits erfolgt.

„Rascher muss es in vielen Fällen auch gehen", verlangte Kostelka zur Bearbeitung von Pflegegeldansuchen am Montag im Rahmen einer Enquete in der Volksanwaltschaft. Problematisch für Betroffene ist, dass das Angebot mobiler Dienste von Essen auf Rädern bis zur Heimkrankenpflege regional ganz unterschiedlich ist: „Hier hat es eine qualitative Verbesserung zu geben."

360 Millionen mehr bis 2013

Um mehr Geld ging es allerdings auch: Sozialminister Rudolf Hundstorfer bekräftigte, dass vorerst bis 2013 insgesamt 360 Millionen Euro zusätzlich notwendig seien. Dafür sollen Bund, Länder und Gemeinden einen Pflegefonds einrichten. Bei den Ländern sieht er „Bewegung", weil diese nun akzeptieren, dass dafür Einnahmen aus den neuen Steuern ab 2011 verwendet werden.

Derzeit ist es so, dass rund 365.000 Personen Pflegegeld vom Bund und weitere rund 68.000 Menschen von den Ländern erhalten, wofür bis zu 280 Behörden zuständig sind. Hundstorfer möchte, dass ab 2012 der Bund die Abwicklung komplett übernimmt. Der Haken: Jene 360 Millionen Euro, die die Länder dafür pro Jahr aufwenden, müssten ebenfalls an den Bund gehen. Ab 2011 werden die Voraussetzungen für Pflegegeld in den StufenI und II erhöht. Kostelka hat damit „keine allzu große Freude".

© DiePresse.com